

Medienmitteilung

Thema	Nein zur Volkswahl des Bundesrats, Ja zur Asylgesetzrevision: Die Grünliberalen haben sehr deutlich die Parolen für den 9. Juni 2013 gefasst.
Für Rückfragen	David Wüest-Rudin, Präsident, Tel. 079 517 21 17
Absender	Grünliberale Partei Basel-Stadt, Tel. 061 683 25 80, Postfach, 4001 Basel bs@grunliberale.ch; www.bs.grunliberale.ch
Datum	24. April 2013

Die Grünliberalen Basel-Stadt haben an ihrer Mitgliederversammlung vom 23. April 2013 die Parolen zu den nationalen Abstimmungen vom 9. Juni 2013 gefasst. Ein einstimmiges Nein gab es zur Volkswahl des Bundesrats und ein fast einstimmiges Ja (eine Gegenstimme) zur Asylgesetzrevision.

Die Versammlung hatte wenige Traktanden, verhiess aber doch beim Thema der Asylgesetzrevision eine gewisse Spannung und Brisanz. Die Volkswahl des Bundesrates gab erwartungsgemäss wenig zu diskutieren. Die Versammlung liess sich über die Vorlage informieren und schritt nach nur wenigen Rückfragen zur Abstimmung, die in einem einstimmigen Nein endete.

Fast ebenso wenig kontrovers wurde die Asylgesetzrevision behandelt. Dies unerwarteterweise, zeigte sich doch im Vorfeld, dass auch bei den Grünliberalen kritische Stimmen sich erhoben – insbesondere betreffend Aufhebung des Botschafts asyl und des Asylgrunds Wehrdienstverweigerung. David Wüest-Rudin, der die Vorlage selbst präsentierte und im Anschluss auch die Haltung der Schweizer Mutterpartei erläuterte, bestätigte, dass auch ihm diese zwei Punkte widerstrebten. Beim Botschafts asyl sei aber offenbar die Situation für die Schweiz, das als einziges Land in Europa diese Form des Asylantrags kenne, mittlerweile schwer mehr bewältigbar. Die meisten Gesuche würden zudem abgelehnt und die besonders von der Aufhebung Betroffenen Familienangehörigen und besonders Schutzbedürftigen (Kinder, Betagte) könnten via Familiennachzug oder das humanitäre Visum einreisen. Im Bereich Wehrdienstverweigerung ändere sich für Menschen, die wegen der Desertion an Leib und Leben bedroht sind, de facto nichts. Wichtig sei auch, betonte Wüest-Rudin, die Vorteile der Gesetzesrevision nicht aus den Augen zu lassen. Dazu zählten die einfachere und flexiblere Verfügbarkeit von Platz für Asylsuchende durch die vereinfachten Verfahren betreffend Bundeszentren, die Prävention gegen Kleinkriminalität durch Beschäftigungsprogramme, die Stärkung der Akzeptanz und des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung durch die Sicherheitspauschalen des Bundes sowie insbesondere durch die Zentren für renitente Asylbewerbende, den Einstieg in die Verfahrenskürzung durch die Möglichkeit von zweijährigen Testphasen und schliesslich die Optimierung von Abläufen in den Bundeszentren. Zudem hätten die Grünliberalen Verschärfungen von rechtsbürgerlicher Seite (z.B. Aufhebung Familienasyl) erfolgreich bekämpft. Schliesslich verwies Wüest-Rudin auf Bundesrätin Sommaruga (SP), welche diese Vorlage initiierte sowie auf Aussagen auch von linker Seite, zum Beispiel SP-Ständerätin Pascale Bruderer, welche die Vorlage nach einer Gesamtbetrachtung unterstützten. Die Versammlung verabschiedete nach nur kurzer Diskussion die Ja-Parole gegen eine Gegenstimme.

An der Mitgliederversammlung wurde über diverse Personalien berichtet. Zum einen informierte der Präsident David Wüest-Rudin die Versammlung nochmals persönlich über seine Entscheidung, das Präsidium weiter zu führen mit entsprechender Unterstützung des Vorstands. Zudem wurde der Sekretär Jonas Schwarz verabschiedet, der das Sekretariat in neue Hände gibt. Seine Nachfolgerin Katja Kläger war anwesend und wurde mit warmem Applaus empfangen. Informiert wurde die Versammlung über Rückzüge aus dem Vorstand: Vizepräsidentin Nadine Lienhard wird ihre berufliche Laufbahn im Ausland fortsetzen, Dorothee Widmer und Gisela Konstantinidis ziehen sich aus zeitlichen Gründen aus dem Vorstand zurück. Neu in den Vorstand wurde Niggi Rechsteiner gewählt.